

liche Grenzen. Das gilt selbst für die EU mit ihrem großen Binnenmarkt. Und es gilt noch mehr für »ethisch bewusste« Konsumenten.

### Reallöhne versus Lebensqualität

Wesentliche Weichen für mehr Lebensqualität werden auf dem Arbeitsmarkt gestellt (Freizeit, Freiheit von Stress, Freiräume für Familien- und Gemeinschaftsleben). Hier ist eine Abkehr von der vorrangigen Wachstumsorientierung auch dezentral möglich. Arbeitnehmer, die einem Mehr an Lebensqualität den Vorzug geben, bieten den Unternehmen Lohnkonzessionen an, die die Produktivitätseinbußen, welche mit der Option für Lebensqualität (anfänglich) einhergehen, abgelten. Nach diesem Muster wurde über viele Jahrzehn-

te hinweg ein Teil der gewaltigen industriellen Produktivitätsfortschritte nicht in Reallohn-, sondern Freizeitzuwächse weitergegeben. Das Muster ließe sich flexibel ausweiten (z.B. individuell längerer Urlaub, Ansparprogramme für längere Auszeiten usw.), wenn Unternehmen und Gewerkschaften sich hierauf einlassen. Die Wirtschaft würde Derartiges unschwer verkraften. Eine breitere Akzeptanz auf Arbeitnehmerseite erfordert allerdings Stundenlöhne, die einen Spielraum für das »Erkaufen« von mehr Lebensqualität zulassen. Dies unterstreicht noch einmal die zentrale Bedeutung der Verteilungsfrage für den Übergang zu einer »Glücksökonomie«.

Daneben gibt es auch ein großes Potenzial für produktivitätsneutrale bzw. gar produktivitätsfördernde »Glückszuwächse«, auf das seit Langem der Ansatz der »Qualität des Arbeitslebens« abhebt.

*Matthias Machnig*

## Ein Neuer Fortschritt ist möglich

*Ein Nachrichtenmagazin hat es kürzlich treffend ausgedrückt: Politik muss, frei nach Goethe, »ein Bild in der Seele« machen. Sie muss einen Nerv treffen, Ziele definieren, einen Wertehorizont eröffnen. Ideen müssen dazu taugen, Hoffnung zu machen und Begeisterung zu wecken. Das Konzept vom Neuen Fortschritt könnte der entscheidende Schritt in diese Richtung sein.*

Die letzten Jahre haben eines sehr deutlich vor Augen geführt: Politik und Politiker haben an Glaubwürdigkeit, Vertrauen und an ihrer Orientierungsfunktion verloren. Weniger Menschen gehen zur Wahl oder beteiligen sich an politischen Diskussionen, immer mehr Menschen haben Zweifel an unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung. Politikverdrossenheit, Politikdistanz oder sogar -abstinenz in Deutschland sind spürbar und greifbar geworden.

Das kommt nicht von ungefähr. Zum Teil verliert sich Politik in abgeschliffe-



**Matthias Machnig**

(\* 1960) war u.a. SPD-Bundesgeschäftsführer und Staatssekretär im Bundesumweltministerium und ist Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie in Thüringen. Zuletzt erschien: *Vermessungen. Politik neu orientieren bei vorwärts-Buch.*

matthias.machnig@tmwat.thueringen.de

nen Allgemeinplätzen, in abgestimmten Sprachregelungen mit wenig Inhalt, und schiebt angebliche Sachzwänge vor. Politik muss aber in der Lage sein, Themen, Trends, Meinungen, Empfindungen und Fehlent-

wicklungen rechtzeitig zu erkennen, aufzugreifen und in Sprache zu übersetzen. Sie muss den Menschen vermitteln, dass ihre Alltagserfahrungen, Sorgen und Ängste, aber auch ihre Hoffnungen verstanden werden, und sie muss Chancen eröffnen. Sie muss Ziele definieren, einen Wertehorizont eröffnen und Begeisterung wecken. Politik muss erklären, was realisierbar und veränderbar ist, und sie muss vermitteln, dass das Politische einen Einfluss auf die Politikgestaltung in unserem Lande hat.

Dass progressive Politik auch heute noch möglich ist, dass Wertedebatten wichtiger sind als Instrumentendebatten, zeigt die Diskussion um die Entwicklung eines neuen Fortschritts- und Wohlstandsindex und der damit verbundene Hype um die Glücksforschung. Das kommt bei den Menschen an, obwohl ein umsetzbares Konzept noch in weiter Ferne liegt. Die Nutzung subjektiver Zufriedenheitsdaten allein signalisiert aber, dass Politik Verständnis dafür aufbringt und sich danach ausrichtet, was für Menschen wirklich wichtig ist.

### **Halbe SPD – volle Kraft voraus?!**

Wenn eine Partei wie die SPD bei der Bundestagswahl 2009 in alle Richtungen verliert, dann hat sie ein ernsthaftes Problem. Mehr als bedenkenswert sind die hohen Kompetenzverluste im Bereich Soziale Gerechtigkeit und die Abwanderung vieler Kernwählerinnen und -wähler. Mindestens ebenso dramatisch ist aber, dass der SPD eine grundsätzliche Gegnerschaft zum Fortschritt zugesprochen und ihr in Sachen Zukunfts- und Erneuerungskompetenz nicht mehr viel zugetraut wird. Hier führte die CDU eindeutig mit 42 % (SPD 21 %). In den Augen vieler krankt die SPD, vielleicht aber auch die politische Linke im Allgemeinen, an einem »Unwillen zu Veränderung« (Lord Dahrendorf).

Ursächlich für den Fortschrittsskeptizismus in der Gesellschaft ist ein ungeklär-

tes Verhältnis zum Begriff Fortschritt. Fortschritt war einmal das Aufstiegsversprechen ganzer Generationen, er versprach sichere und kalkulierbare Rahmenbedingungen für alle. Heute erleben die Menschen hingegen, dass ökonomischer Fortschritt und Wachstum entkoppelt sind von der Einkommensentwicklung. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben in den letzten zehn Jahren 4,5 % ihres Reallohns verloren, 10 Millionen Menschen in Deutschland haben heute unsichere Beschäftigungsverhältnisse wie Leih- und Zeitarbeit oder befristete Anstellungen. Dies führt zu Unsicherheiten in der eigenen Lebensplanung.

Kurzum: Fortschritt ist heute von nachhaltiger Entwicklung entkoppelt, die jüngste Banken- und Finanzkrise hat diesen Trend noch verschärft. Das Ergebnis heißt Vertrauensverlust. Die Menschen haben zunehmend den Eindruck, Mitsprachemöglichkeiten zu verlieren, und dass Politik und Gesellschaft Getriebene der anonymen Akteure auf den unregulierten Finanzmärkten sind. Daraus entstehen Fortschritts- und Demokratiekonflikte wie man sie z.B. bei »Stuttgart 21« besichtigen kann.

Die SPD ist nicht ganz unschuldig am Fortschrittsskeptizismus und trägt deshalb eine hohe Verantwortung bei der Vertreibung dieses Schreckgespenstes. Sie sollte sich selbst darüber bewusst sein und den anderen linken Kräften verdeutlichen, dass unsere Grundwerte Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität nur im Gleichschritt mit der Entwicklung von Fortschritt verwirklicht werden können. Fortschritt ist notwendig, um Wachstum zu schaffen, um den Raum für ein nachhaltiges Wirtschaften zu vergrößern und den Menschen den Abschied von Konsumzwängen zu ermöglichen. Durch Produktivitätssteigerungen schaffen wir Wohlstand und machen Lohn erhöhungen sowie Arbeitszeitverkürzungen möglich.

Für einen Neuen Fortschritt brauchen wir ein neues, unvoreingenommenes Ver-

hältnis zur Wirtschaft und eine Wirtschaftspolitik in Balance zu anderen gesellschaftlichen Fragen. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise, die die uralte Feindschaft von Arbeit und Kapital weiter verstärkt hat. Linke Politik muss heute wieder die Grenzen des Ökonomischen und des Ökonomismus definieren, im Sinne der Beschäftigten und des Wachstums.

Die Frage nach der Wiederherstellung von Fortschritts-Kompetenz betrifft also auch die Frage nach einer kompetenten und produktiven Kritikkultur. Es geht nicht um die übliche Nörgelei, es geht um die Formulierung praktikabler Alternativen.

### **Fortschritt ist unser Begriff**

Als ersten Schritt muss die SPD ihre Sprachfähigkeit wieder herstellen. Dafür müssen wir uns nicht nur auf Werte und Ziele verständigen, sondern auch auf einen passenden und positiv besetzten Begriff.

Wie es nicht funktioniert, hat der mittlerweile verstorbene britische Historiker Tony Judt vorgemacht. In seinem letzten Buch *Ill Fares the Land* fordert er eine De-

mokratie der Furcht-reduzierung, die er paradoxer Weise mit »soziale Demokratie der Furcht« umschreibt. Furcht sei aktuell die alles überschattende Größe: Terror, das unkontrollierbare Tempo des sozialen Wandels, Verlust des Arbeitsplatzes, wachsende Ungleichheit, die Dominanz der Finanzmärkte. Durch die Wiederbelebung eines starken Staates, der das Primat über die Ökonomie zurückgewinnt, könne den Menschen wieder Vertrauen eingeflößt werden. Judt spricht von einer »defensiven Sozialdemokratie«, der es vor allem darum geht, die Errungenschaften des Sozialstaats zu bewahren.

Judt öffnet zwar den Horizont linker politischer Gestaltungsmöglichkeiten. Doch statt Sonne ziehen Wolken auf. Statt auf die moralische Notwendigkeit politischen Handelns einzugehen, unterläuft ihm eine typische linke Panne. Er serviert in einem Zusammenhang mit dem Begriff Sozialdemokratie die Worte »Furcht« und »defensiv«. Dies übertüncht auf der begrifflichen Ebene allzu leichtfertig die Reichhaltigkeit und gesellschaftliche Notwendigkeit der politischen Botschaft.

Dass es auch anders geht haben Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Karl Marx

demonstriert. Für Hegel war der gesellschaftliche Fortschritt eine Kategorie des Guten mit dem Sinngehalt der Verbesserung. Gleichzeitig war er sich bewusst, dass ein Fortschritt hier zum Rückschritt dort führen kann. Wenn diese Gefahr gebannt ist, ist Fortschritt nicht nur ein Form- und Bewegungsbegriff, sondern auch ein positiver Wertbegriff. Dann hat er nicht nur eine formale, sondern auch eine ethische Dimension.

Marx erweiterte diese Vorstellung. Seine Idee von der Verbindung zwischen wissenschaftlich-technischem und sozialem Fortschritt bleibt bis heute wegweisend. Und: Konstitutiv für den Fortschritt sei nicht das »Mehr«, sondern das »Besser«, also qualitative Entwicklungen, z.B. Erkenntniszuwachs, politisch-demokratische Auseinandersetzungen oder kulturelle und sittliche Zustände. Erst die intellektuelle, kreative Fortentwicklung des Menschen schafft die Möglichkeit von Fortschritt. Dieses Verständnis ist ein originär sozialdemokratisches, nicht erst seit Godesberg.

### **Die Fortschrittspartei braucht Fortschrittlichkeit**

Willy Brandt hat es auf den Punkt gebracht: »Eine Sozialdemokratie, die nicht die Aussicht auf eine lohnende und gesicherte Zukunft vermittelte, wäre ein Widerspruch in sich.« Dies war und ist Mahnung und Richtschnur zugleich – gerade heute, wo sich der deutsche Nachkriegskonsens in Auflösung befindet. Dieser Konsens basierte auf dem Versprechen, dass ökonomischer und technologischer Fortschritt für sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt sorgt. Mehr Produktivität, Qualifikation und Leistungsbereitschaft von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, so die feste Überzeugung, führen zu mehr wirtschaftlichem Wachstum, zu mehr Wohlstand, zu besseren Einkommen und zu mehr Sicherheit für alle. Rentabilitätsinteressen der Unter-

nehmerinnen und Unternehmer können, so die Hoffnung, mit den Verteilungs- und Mitbestimmungsansprüchen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Einklang gebracht werden.

Das gilt nicht mehr. Gerade für die SPD ist das eine besondere Herausforderung. Sie ist und versteht sich als Partei des Fortschritts. Wenn das Leitbild und die Hoffnungen des Fortschrittsversprechens brüchig werden, muss sie den Fortschritt neu denken, neu gestalten, neu ausrichten. Und sie muss die Grenzen der Ökonomisierung unserer Gesellschaft definieren. Fortschritt ist alternativlos. Fortschrittsskeptizismus aus Prinzip ist Zukunftsverweigerung, führt zu Verteilungskämpfen und ist deshalb zu tiefst ungerecht.

Ökonomischer und technologischer Fortschritt und die Entwicklung von Einkommen, Sicherheit, Qualität von Leben und Arbeit müssen wieder zusammengeführt werden. Das setzt eine Politik voraus, die nicht nur verwaltet und moderiert, sondern gestaltet, bei der Regulierung der Finanzmärkte, bei der Herstellung von Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, einer ökologischen Industrie- und Innovationspolitik, einer fairen Steuer-, Abgaben- und Lohnpolitik. Die Zeit dafür ist günstig und chancenreich. Die jetzige Regierung verstärkt die Widersprüche des Fortschritts, sie hat kein Konzept für einen Neuen Fortschritt. Wo der Fortschritt aber keine Hoffnung, keinen Wohlstand für alle, nicht mehr Lebensqualität und Teilhabe ermöglicht, da sind Demokratie- und Fortschrittskonflikte unvermeidlich und mit der Konsequenz einer weiteren Desintegration unserer Gesellschaft verbunden.

Wir haben die Chance, das Gleichgewicht zwischen Markt und Staat, zwischen Individualismus und Gemeinschaftssinn, zwischen Mensch und Natur, zwischen Mitteln und Zwecken wieder herzustellen. Die eigentliche Gefahr besteht heute darin, dass wir sie nicht ergreifen. Mit einem Neuen Fortschritt kann das gelingen.